Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 63. | Dresden, Sonnabend den 16. März 1912. | 23. Jahrg.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Seit Jahren wartet die Reaktion auf den günstigen Augenblick, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Im Bergarbeiterstreik in **Mansfeld** im Jahre 1909 wurde die Waffenmacht requiriert, um mittels Säbel und Maschinengewehren den Widerstand der Bergleute im Blute zu ersticken.

In **Moabit** wurde vor zwei Jahren anläßlich eines unbedeutenden Streiks ein Massenaufgebot von Polizei vorgenommen, um die angeblich gefährdete Ordnung wiederherzustellen. Viel mehr wurde aber die Aufregung in der Bevölkerung gesteigert.

Friedliche Bürger hatten unter den Ausschreitungen mehrerer Polizeibeamten schwer zu leiden und ein vollkommen Unschuldiger fiel dem Polizeisäbel zum Opfer.

Der Ausfall der Reichstagswahl war für die Reaktion ein neues Signal zur Einleitung eines Kesseltreibens gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Im sächsischen Landtag, in der Hamburger Bürgerschaft und vor einigen Tagen im preußischen Herrenhause wurde die Beschränkung des Koalitionsrechts verlangt unter dem Vorgeben, die Arbeitswilligen zu schützen. So vergeht kein großer Streik der Arbeiter, der die Scharfmacher nicht veranlaßt, Angriffe auf das Streikrecht der Arbeiter zu richten.

Die preußische Regierung, gestützt durch das Reichsamt des Innern, hat den den Bergarbeitern im **Ruhrgebiet** aufgezwungenen Streik zum willkommenen Anlaß genommen, den Wünschen der Reaktion nachzukommen. Sie hat zunächst Polizei und Gendarmerie in großer Zahl in das Ruhrgebiet geschickt und schließlich ein großes Militäraufgebot folgen lassen. Erst nach diesen Maßnahmen ist es hie und da zu den von den Arbeiterfeinden ersehnten Störungen der Ruhe gekommen. Die Bergleute **hatten** den Aufrufen der in Betracht kommenden Organisationen Folge geleistet: Sie **haben** Ruhe und Ordnung bewahrt. Sie werden auch trotz der aufreizenden Wirkungen, die die Ueberflutung des Streikgebiets durch Polizei und Militär haben muß, und trotz des provokatorischen Verhaltens der christlichen Gewerkschaftsführer bemüht sein, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Kommen trotzdem Störungen der Ordnung vor, dann fällt die Verantwortung denen zu, die das Verlangen friedlicher Arbeiter nach Brot beantwortet haben mit den Rufen nach Säbeln, Flinten und Maschinengewehren.

Die Unterzeichneten als die Vertretungen der nach Millionen zählenden organisierten Arbeiterschaft Deutschlands fordern die im Kampf stehenden Bergleute auf, sich nicht zu unüberlegten Handlungen provozieren zu lassen. Gerade jetzt erst recht müssen sie zeigen, wie gut sie diszipliniert sind.

Die Unterzeichneten erheben Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade jetzt, in solcher kritischen Zeit, wieder einmal in so klarer Weise gezeigt hat, wie sehr sie von dem Willen getragen ist, den Wünschen der Scharfmacher nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Reiche richten die Unterzeichneten das Ersuchen, sich ihrem Protest anzuschließen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deu.:chlands. **Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

Parlament und Bergarbeiter.

Das gewaltige Ringen der Hunderttausende von Grubensklaven im Ruhrgebiet um eine Verbesserung ihrer Lebenslage war auch am Freitag der Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen im Reichstage. Hatte das Zentrum geglaubt, mit seiner Interpellation einen Schlag gegen die Streikenden und die freien gewerkschaftlichen Organisationen führen zu können, so dürfte es jetzt wohl zu der Ueberzeugung gebracht worden sein, daß die Debatten im Reichstage nur den Kämpfenden von Nutzen waren: Sie haben eine Klärung der Verhältnisse gebracht, den Arbeitern von neuem gezeigt, wo ihre Freunde zu finden sind, und sie haben die Gelegenheit geboten, vor dem ganzen Lande die Verleumdungen zu widerlegen, mit denen die Streikenden und die Führer der Bewegung überschüttet worden sind. Den rechtsstehenden Parteien war deshalb auch die Fortsetzung der Debatten über den Bergarbeiterkampf, der doch das ganze Volk in Atem hält, so unangenehm, daß sie ihrem Widerwillen und ihrer Niedergedrücktheit durch Fernbleiben vom Sitzungssaal Ausdruck verliehen, so daß die Verhandlungen vor einem nur mäßig besetzten Hause stattfanden. Aber das änderte nichts daran, daß auch am gestrigen Tage die gerechte Sache der Bergarbeiter im Reichstage eine geschickte und wirkungsvolle Vertretung fand.

Herr **Gothein**, der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, war früher Bergwerksbeamter und sprach daher als erfahrener Fachmann. Er zeigte, wie absurd die Behauptung ist, die Bergarbeiter seien den Engländern zu Liebe in den Kampf eingetreten. Herr Staatssekretär Delbrück habe wohl Zahlen mitgeteilt, mit denen er beweisen wollte, daß die Löhne der Bergarbeiter im Steigen begriffen seien; er habe aber wohlweislich unterlassen, zu zeigen, wie die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Das Bestreben der Bergarbeiter, ihre Löhne zu erhöhen, sei im vollen Maße gerechtfertigt. Wenn die Arbeiter aber diese Lohnerhöhung mit Nachdruck **fordern**, so dürfe das kein Grund sein, nicht mit ihnen verhandeln zu wollen. Eine Verständigung sei auch jetzt noch möglich, wenn der Wille dazu bei den Zechenbesitzern vorhanden wäre. Und Herr Gothein zeigte, daß, wenn die Zechenbesitzer die Lohnerhöhung bewilligten, sie immer noch durch die gesteigerten Kohlenpreise eine große Mehreinnahme erzielten. Auch wies er nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stets gesteigert habe. Wenn der Staatssekretär gewollt und er den nötigen Druck ausgeübt hätte, wäre der Widerstand der Bergherren schnell gebrochen worden. Aber die Herren wollten mit den Arbeitern gar nicht verhandeln. Und die Haltung des Staatssekretärs Delbrück sei nur so zu verstehen, daß er unter dem Drucke des Herrenhauses und der Scharfmacher handle. Es müßte die Aufgabe der Regierung sein, sich an die Spitze zu stellen, um eine Vereinbarung zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern herbeizuführen.

Die Regierung antwortete nicht einmal auf diese scharfen Angriffe. Und sie ignorierte auch die Darlegungen des Polen **Sosinski**, der früher ein Hüttenarbeiter war und treffend nachwies, daß nur die Polizei im Ruhrgebiet die „Unruhen" und Zusammenstöße veranlaßt habe. Dagegen erhob sich der preußische Handelsminister **Sydow**, um auf Verlangen des Führers des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter, des Junkergenossen **Behrens**, zu erklären, daß nach Ansicht der preußischen Regierung die Arbeiterausschüsse das Recht hätten, Lohnfragen zu behandeln. Eine Anweisung in diesem Sinne sei an die fiskalischen Bergwerksdirektionen ergangen. Die Grubenherren lassen sich aber durch solche „Erklärungen" der Regierung nicht nötigen, mit den Arbeiter-Ausschüssen zu verhandeln. Denn die Anweisung der preußischen Regierung an die fiskalischen Bergwerksdirektionen ist bereits im Jahre 1910 erfolgt, ist also wohl auch den Grubenherren im Ruhrgebiet bekannt, und wenn diese mit den Ausschüssen hätten verhandeln wollen, wäre der Streik möglicherweise nicht ausgebrochen. Die Regierung hat aber keinen Versuch gemacht, irgendeinen Druck auf die Bergherren auszuüben, damit sie die Gesetze achten; sie hat sich **lediglich gegen die Arbeiter** gewendet, sich als Wortführer der Unternehmer gezeigt.

Das haben auch die bürgerlichen Abgeordneten Gothein und Sosinski feststellen müssen. Und unser Genosse Dr. **Erdmann**, der Vertreter für Dortmund, hat dann in einer sehr wirkungsvollen Rede gezeigt, daß das Zentrum **aus politischen Motiven** die Arbeiter vom Kampfe gegen die Bergwerksbesitzer fernzuhalten versuche, aber auch deshalb, weil es mehr und mehr eine reine Kapitalistenpartei werde. Das Zentrum verliert die Arbeiter, es sucht daher den Anschluß an die großkapitalistischen Unternehmer in der nationalliberalen und konservativen Partei. Es ist der geschlossene Block der Scharfmacher, der nun gegen die kämpfenden Arbeiter steht. Treffend zeigte Erdmann aber auch unter dem stürmischen Beifall der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß der Bergarbeiterstreik eine Volksbewegung ist, ein Ringen um Licht, Luft, Kultur. Solange sich die Regierung nur einseitig auf die Informationen von den Unternehmern stütze, werde sie zu verkehrten Anschauungen kommen. Die Arbeiter gehörten doch aber auch zur deutschen Industrie und müßten gehört werden. Glaube man die Forderungen der Arbeiter mißachten zu können, so werde der Kampf immer wieder und in immer kürzeren Fristen ausbrechen, bis die gerechten Forderungen erfüllt seien.

Der Reichsparteiler **Mertin**, der sattsam bekannte Herr **Behrens** — der behauptete, der Streik habe nur den Zweck, den Massenstreik vorzubereiten! — und der Antisemit **Werner** waren die würdigen Vertreter der Grubenherren und „Arbeitswilligen". Mit ihren schäbigen Verdächtigungen der Streikenden und mit ihrem Verlangen nach blutiger Niederwerfung der Kämpfenden werden sie im Lande einen anderen Eindruck machen, als ihnen lieb sein könnte. Die streikenden Bergarbeiter können deshalb mit den gestrigen Verhandlungen im Reichstag sehr zufrieden sein!

* * *

Vom Kampfplatz im Ruhrrevier.

Der weiße Schrecken.

Einige bürgerliche Zeitungen des Streikreviers führen energische Klage über das Vorgehen der Sicherheitsorgane. Der Duisburger Generalanzeiger erklärt, er werde demnächst keine Bedenken mehr tragen, diejenigen öffentlich zu nennen, die sich zu Ausschreitungen als Sicherheitsorgane hinreißen lassen und das, wozu sie von Berufs wegen bestimmt sind, in das Gegenteil verkehren. Wenn die Regierung scharfe Zusammenstöße vermeiden wolle, **solle sie auch Schutzmannschaften zur Verwendung kommen lassen, die sich der ungeheuren Verantwortung ihrer augenblicklich erweiterten Befugnisse bewußt sind.**

In einigen Teilen des Ruhrgebiets geht die Polizei immer schärfer vor. In **Bochum** sind die Wirtschaften, in denen sich die Streikbureaus der Verbände befinden, angewiesen worden, nachmittags um 3 Uhr schon zu schließen. Für diese Maßnahme ist durchaus kein Grund vorhanden, zumal diese Wirtschaften nicht einmal in der Nähe von Zechen liegen und dort bisher nicht die geringste Ruhestörung vorgekommen ist. Fortwährend wird von neuen Uebergriffen der Polizei gemeldet. Und all das, was jetzt im Ruhrrevier geschieht, geschieht im Namen — der **Freiheit**. Im Namen der Freiheit fordert man zum Auseinandergehen auf, wo ihrer drei beisammenstehen, im Namen der Freiheit weist man friedliche Leute von der Schwelle ihrer Häuser und verbietet ihnen, den Kopf zum Fenster hinauszustecken. Die Freiheit muß geschützt werden, die Freiheit der Arbeitswilligen, sich vom Kapital willenlos ausbeuten zu lassen. Den Streikenden aber verwehrt man den Anblick der Sonne und einen Atemzug im Freien. „**Frei**" ist für sie nur noch ein einziger Weg: Zurück in die Sklaverei der Zeche.

Die ganze Bevölkerung des Ruhrreviers seufzt unter dem Druck der Schreckensherrschaft und selbst die Arbeitswilligen haben alle Ursache auszurufen: „Herr, schütze mich vor meinen Freunden!" Die ganze Bevölkerung, abgesehen von einem Häuflein blutdürstiger Hetzer und Scharfmacher, hat nur den einen Wunsch: **Weg mit den fremden Gendarmen, weg mit dem Militär!**

Es ist ein furchtbares Bild. Mit dem Gewehr im Anschlag steht der preußische Junker- und Klassenstaat, er kommandiert den streikenden Arbeitern: „Nieder auf die Knie! Marsch zurück zur Arbeit!" Verhandelt wird nicht, die Regierung lehnt jede Vermittlung ab. Mit Militärgewalt soll der Streik der Bergleute niedergebrochen werden. Was sich jetzt im Ruhrrevier abspielt, ist nicht der **letzte** Akt des weltgeschichtlichen Schauspiels, das eines Tages mit der Befreiung des deutschen Volkes aus der Junkerherrschaft, mit der Befreiung des ganzen arbeitenden Volkes aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnknechtschaft schließen wird. Eine Politik, wie sie jetzt in Preußen getrieben wird, trägt den Keim ihres Untergangs in sich.

*

Zwei Arbeitswillige erschossen.

Das Berliner Regierungsblatt, die Nordd. Allgem. Ztg meldet:

> Abermals ist von einer **Ausschreitung** zu berichten, die **für die Beteiligten dann verhängnisvoll** wurde. Am Donnerstag abend wurden in Sevinghausen Arbeitswillige belästigt. Das auf der Zeche Fröhliche Morgensonne liegende Gendarmeriekommando rückte zum Schutze aus. Bei dieser Gelegenheit wurde auf den Fußgendarmen Clemens geschossen, der von einem Schuß im Gesicht und von einem zweiten am Ohr getroffen wurde. Ein dritter Schuß drang durch den Helm. Der Gendarm machte von seiner Waffe Gebrauch, und **erschoß zwei Angreifer**. Der Gelsenkirchener Zeitung zufolge sind die von dem Gendarmen Clemens in der Notwehr erschossenen Angreifer die Bergleute Steinmann und Stögel.

Zugleich aber läßt sich der halboffiziöse Berliner Lokalanzeiger aus Wattenscheid folgendes telegraphieren:

> Zu dem Vorfall in Sevinghausen, wo, wie berichtet, ein Gendarm zwei Bergleute erschoß, nachdem er selbst durch Schüsse verletzt worden war, werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Kurz vor ½10 Uhr gestern abend gingen die Bergleute Willy Stögel und Friedrich Steinmann die Bochum-Essener Chaussee im benachbarten Sevinghausen entlang. Als sie in die Nähe der Wohnung des Fußgendarmen Clemens kamen, der vor der Tür stand, fielen plötzlich von unbekannter Seite zwei Schrotschüsse, die den Gendarmen trafen. Er glaubte, die beiden Vorübergehenden hätten auf ihn geschossen, feuerte und schoß beide nieder. Die Unglücklichen sind beide Arbeitswillige und Familienväter. Zeugen des Vorfalls sind nicht in der Nähe gewesen. Von einer Seite wird die Vermutung ausgesprochen, daß Stögel und Steinmann mit einer Schußwaffe herumhantiert hätten.

Was es mit dem Schrotschuß für eine Bewandtnis hat, wird hoffentlich noch aufgeklärt werden. Sicher ist nur, es sind wieder einmal zwei Unschuldige niedergeknallt worden, zufälligerweise Arbeitswillige.

In scharfem Kontrast zu diesen Vorgängen steht folgende **Düsseldorfer** Meldung:

> Nach Aeußerung von zuständiger Seite ist die Lage im hiesigen Ausstandsgebiet gegenwärtig so, daß die **Heranziehung militärischer Hilfe** zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe, sowie zum Schutz der Arbeitswilligen vorläufig **nicht erforderlich** ist. In Hamborn ist nach den Auftritten vom Dienstag durch die mit Unterstützung der Stadt Düsseldorf gelungene Verdoppelung der Polizeikräfte beides sofort sichergestellt worden. Von ernsthaften Verletzungen Arbeits-

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120316/1

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG